



Niederschrift

48. Sitzung Hauptausschuss
6. Februar 2024, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 3 der Tagesordnung: Oberwaldbad unterstützen – Schwimmen erhalten

Antrag: SPD

Vorlage: 2024/0004

Punkt 3.1 der Tagesordnung: Weiterbetrieb des Oberwaldbades bis Ende 2024 – Übergangslösung, um Zukunftsperspektiven zu entwickeln

Änderungsantrag: GRÜNE

Vorlage: 2024/0004/1

Beschluss:

Kenntnisnahme von den Stellungnahmen der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung. Der Antrag sei aus dem Gemeinderat verwiesen worden.

Stadträtin Ernemann (SPD) bekennt, die Antwort der Verwaltung stelle sie nicht zufrieden. Man wolle eine kurzfristige Entscheidung und ein kurzfristiges Konzept. Es gehe auch um die Mitarbeiter, es gehe um Vereine, es gehe um Schulen. Die könne man nicht auf eine Diskussion am 28. Juni 2024 im Bäderausschuss vertrösten. Ihre Fraktion bestehe auf einer kurzfristigen, schnellen Entscheidung und Lösung für das Oberwaldbad. Man bitte um eine Konzeptvorlage, möglichst bis zum nächsten oder übernächsten Hauptausschuss.

Stadtrat Löffler (GRÜNE) kann sich dem Wunsch seiner Vorrednerin anschließen. Man brauche eine Lösung für Juli bis Dezember. Dann könne man am 28. Juni im Bäderausschuss über Lösungen ab 2025 sprechen. Dies habe man im Antrag auch gewünscht. Die Stellungnahme der Verwaltung gehe nur auf den zweiten Teil ein, ab 2025 suche man nach einer Lösung. Deswegen könne seine Fraktion sich dem Appell von Frau Ernemann anschließen.

Stadtrat Hofmann (CDU) merkt an, aufgrund der Tatsache, dass auch die Verträge der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter schon gekündigt wurden, müsse schnellstens Klarheit geschaffen werden. Man müsse eine Übergangslösung finden und sich dann zusammensetzen und sehen, in welche Richtung es weitergehen könne. Der Bäderausschuss am 28. Juni sei deutlich zu spät. Auch seine Fraktion schlage vor, sich in der Hauptausschuss-Sitzung im März darüber zu unterhalten, wie es weitergehe.

Stadtrat Hock (FDP) bestätigt, man müsse schnell eine Lösung für das Oberwaldbad finden. Wenn man ehrlich sei, bedeute der Antrag der SPD, dass gegebenenfalls notwendige Mittel in der Planung kommender Haushalte berücksichtigt werden können. Wenn man wisse, dass Schwimmen für die Schulen wichtig sei, dass Schwimmen für die ältere Generation wichtig sei, wenn man wisse, dass es in diesem Abschnitt der Stadt wenige Schwimmbäder gebe, dann müsse man sich klar sein, dass man dem Oberwaldbad Hilfestellung geben müsse. Klar sei, dass man nicht bis zum 28. Juni warten könne. Er wünsche sich einen Vorschlag, der zeitnah im nächsten Hauptausschuss besprochen werde. Aber es koste Geld. Das müsse man sich ehrlicherweise auch anschauen. Er sei sich sicher, dass der PSK zusammen mit der Stadt eine Lösung finde. Aber es müsse zeitnah geschehen. Seine Fraktion gehe es gerne mit, weil man der Meinung sei, dass man das Bad an dieser Stelle benötige.

Stadtrat Kalmbach (FW|FÜR) schließt sich der Aussage von Herrn Löffler an. Gleichzeitig sei es schlecht, vor der Wahl diese Entscheidung zu treffen. Es wäre richtig, in Ruhe abzuwägen und dann zu einem späteren Zeitpunkt eine Entscheidung zu treffen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) wünscht sich eine Richtungsaussage. Die Begründung der SPD, dass Kinder in der Schule Schwimmen lernen müssen, teile seine Gruppierung. Die Frage sei aber, ob es wirklich keine Alternative gebe. In welchem finanziellen Bereich bewege man sich pro Jahr?

Stadträtin Großmann (GRÜNE) erläutert, man habe mit dem Wohnstift und dem PSK Gespräche geführt. Es sei daraus hervorgegangen, dass der PSK noch nicht eingebunden gewesen sei. Aus Sicht ihrer Fraktion wäre es wünschenswert, dass alle Beteiligten an einem Tisch säßen. Der PSK habe sehr viel mit dem Bad zu tun, weshalb er zeitnah gehört werden müsse.

Stadtrat Hofmann (CDU) weist darauf hin, dass immer noch die Beantwortung von Fragen der CDU offen seien. Diese wolle man noch beantwortet wissen. Wichtig sei seiner Fraktion auch, dass man bereits im nächsten Monat eine Tendenz erhalte.

Bürgermeister Dr. Lenz führt aus, man werde zur nächsten Hauptausschusssitzung keine Vorlage machen können. Man sei nicht der Eigentümer des Bades. Wenn der Gemeinderat aber bereit sei, das Bad zu finanzieren und dies beschließe, dann werde man dies tun. Nächsten Montag gebe es ein Gespräch mit dem Eigentümer. Dann könne man im nächsten Hauptausschuss tendenziell sagen, wohin die Reise gehe. Inhaltlich könne man es heute nicht besprechen.

Stadtrat Zeh (SPD) widerspricht Herrn Bürgermeister Lenz. Es sei nicht die Absicht seiner Fraktion, das Oberwaldbad in ein städtisches Bad zu überführen. Derzeit gebe es einen Verein und eine privatwirtschaftliche Lösung ähnlich dem „Wölfler“. Das solle auch so bleiben. Es sei lediglich zu vermuten, dass der derzeit gewährte städtische Zuschuss von

100.000 Euro nicht mehr ausreiche. Das Konzept müsse vom PSK getragen werden. Darum müsse eine vernünftige Lösung im Verein gesucht werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass man nicht Besitzer des Bades sei. Man sei auch nicht Nutzer des Bades. Maximal habe man sich um die Personengruppen zu kümmern, für die man verantwortlich sei. Das seien die Schülerinnen und Schüler. Es sei die Entscheidung des Gemeinderates, den Betrieb zu finanzieren. Dies decke sich jedoch weder mit der finanziellen Lage der Stadt noch mit dem Bäderkonzept. Dies müsse man bedenken. Er wolle keine weitreichenden finanziellen Zusagen machen.

Stadtrat Hofmann (CDU) stellt klar, es gehe um viele ältere Menschen, die auf das Bad angewiesen seien. Es gehe auch um Schulschwimmen, weshalb man nochmals um entsprechende Antwort gebeten habe. Es seien noch viele Dinge zu klären.

Er könne sich Herrn Zeh anschließen. Niemand habe gesagt, dass man das Bad in die Bäderbetriebe übernehmen wolle. Es gehe zu prüfen, welche Möglichkeiten es gebe. Man müsse schnellstmöglich in Verhandlungen eintreten. Darum bitte seine Fraktion.

Stadtrat Cramer (KAL/Die PARTEI) möchte von Herrn Hofmann und von Herrn Zeh wissen, wie man sich die weitergehende Vorgehensweise vorstelle, wenn sich herausstelle, dass es privatwirtschaftlich nicht zu organisieren sei. Man müsse weiterdenken. Wenn das Private nicht funktioniere, welche politische Forderung komme dann?

Der Vorsitzende stellt fest, man werde die Diskussion im nächsten Hauptausschuss fortsetzen. Herr Bürgermeister Lenz habe bis dorthin eine Tendenz zugesagt.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, verweist er den Antrag erneut in den Hauptausschuss.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt – Ratsangelegenheiten –
21. Februar 2024